



Wiener Drogenpolitik 1970 bis 2005 Außen- und Innenansichten

*von Irmgard Eisenbach-Stangl, Arno Pilgram,
Christine Reidl*

Projektleitung:

Irmgard Eisenbach-Stangl, Arno Pilgram

Irmgard Eisenbach-Stangl ist Senior
Social Scientist,

Christine Reidl Researcher
im Bereich "Health and Care" des
Europäischen Zentrums für Wohlfahrts-
politik und Sozialforschung;
<http://www.euro.centre.org/eisenbach>
<http://www.euro.centre.org/reidl>

Arno Pilgram ist Senior Researcher am
Institut für Rechts- und Kriminalsoziolo-
gie in Wien

Die internationale Drogenpolitik hat sich in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts grundlegend verändert: Ihr Schwerpunkt verlagerte sich von der Kontrolle des Angebots auf die Kontrolle der Nachfrage. Die Kontrolle der Nachfrage wurde als Kontrolle der Sucht konzipiert, ein Problem, das man in der individuellen Psyche verortete. Das drogenpolitische Instrumentarium wurde entsprechend ergänzt und ausgeweitet: Auf der einen Seite wurden die sozial ausschließenden, strafrechtlich-„repressiven“ Maßnahmen nun auch auf individuelle DrogengebraucherInnen ausgerichtet, zum anderen kamen neue Maßnahmen hinzu: In der „Einheitskonvention“ von 1961 werden erstmals „Früherkennung, Behandlung, Aufklärung, Nachbehandlung und soziale Wiedereingliederung“ als drogenpolitische Maßnahmen genannt. Durch die Einbeziehung dieser „integrativen“ oder auch: „assimilativen“ Maßnahmen wurde neben der nationalen erstmals auch die regionale Politikebene angesprochen, die in den meisten europäischen Ländern – und so auch in Österreich – für Gesundheit, Sozialhilfe und Bildung zuständig ist. Ob und wenn ja, wie die lokale Politik in Drogenangelegenheiten aktiv wird und wie sich ihr Zusammenspiel mit der nationalen Politik gestaltet, variiert von Region zu Region.

Die Formierung einer regionalen Drogenpolitik

Die vorliegende Studie untersucht die Formierung einer regionalen Drogenpolitik am Beispiel Wien im Zeitraum von 1970 bis 2005. Die Untersuchung setzt zu der Zeit ein, als man auch in der Bundeshaupt-

tadt auf die grundlegenden Veränderungen des Drogenkonsums und der DrogenkonsumentInnen zu reagieren begann, die zur Einbeziehung der integrativen Maßnahmen in der internationalen Politik geführt hatten: Im Wesentlichen handelte es sich darum, dass Cannabis zur meistgebrauchten illegalen Substanz avancierte und dass die DrogenkonsumentInnen jünger und gebildeter geworden waren. Die Entwicklung der Wiener Drogenpolitik wird rund 35 Jahre beobachtet und sie wird aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet: Aus einem „äußeren“ – wissenschaftlichen und möglichst objektiven – und aus zwei „inneren“ – d.h. aus der subjektiven Perspektive zweier Gruppen von Betroffenen. Die „Außenansicht“, aber vor allem die im Rahmen der Studie erhobenen „Innenansichten“ sind auch als eine – qualitative – Form der Evaluation der entsprechenden Aktivitäten der Gemeinde zu betrachten.

Die Erhebung von Außen- und Innenansichten

Für die „Außenansicht“ wurde die Ausdifferenzierung des kommunalen drogenpolitischen Apparates auf der Grundlage von Berichten und Statistiken untersucht, die – wenn nötig – durch mündliche Informationen ergänzt wurden. Auf derselben Grundlage wurde der nationale Rahmen erkundet, insbesondere die Drogengesetzgebung und die Aktivitäten der Drogenexekutive, beide zentrale Bereiche der nationalen Drogenpolitik, die in die lokale hineinwirken und sie begrenzen. Anhand des Materials konnten fünf Entwicklungsphasen der Wiener Drogenpolitik unterschieden werden, auf deren Basis die beiden Gruppen Betroffener ausgewählt wurden.

Bei den Betroffenen handelt es sich zum einen um Professionelle, die in der Beobachtungsperiode mit der Umsetzung der Wiener Drogenpolitik maßgeblich befasst waren – das sind die städtischen Drogenkoordinatoren etwa und in der Drogenhilfe Tätige – wie um Personen, die die international/ national bestimmte Drogenpolitik im Wiener Raum durchsetzten – das sind auf Drogendelikte spezialisierte Sicherheitsbeamte und Angehörige der Justiz. Diese Betroffenen wurden als „AkteurInnen“ angesprochen. Die zweite Gruppe von Betroffenen, deren „Innenansicht“ der Wiener Drogenpolitik in Rahmen der vorliegenden Studie interessierte, waren DrogenkonsumentInnen und Angehörige von DrogenkonsumentInnen, die als „AdressatInnen“ bezeichnet wurden. Vier Subgruppen von „AdressatInnen“ mit unterschiedlichen drogenpolitischen Erfahrungen wurden befragt: (I) „Unauffällige“ DrogengebraucherInnen ohne rel-

evante Erfahrungen mit „repressiven“, wie mit „assimilativen“ drogenpolitischen Maßnahmen, (2) langjährige „KlientInnen“ von Einrichtungen der Wiener Drogenhilfe, (3) „Kriminalisierte“ DrogengebraucherInnen, die vorrangig mit „repressiven“ Einrichtungen, vor allem mit dem Strafvollzug konfrontiert waren und (4) „Angehörige“, bei denen nochmals nach dem Ausmaß ihres drogenpolitischen Engagements unterschieden wurde. Insgesamt wurden über 90 Betroffene anhand von Leitfäden interviewt, die Interviews dauerten zwischen einer halben und zwei Stunden, sie wurden mit Einverständnis der GesprächspartnerInnen auf Band aufgenommen, verschriftet und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Die Wiener Drogenkoordination befriedet Konflikte und fördert Professionalisierung

Die Ergebnisse des ersten Teils der Studie, der Untersuchung der Wiener Drogenpolitik aus der sozialwissenschaftlichen „Außenperspektive“, zeigen die verzögerte, aber dann um so rasantere Entwicklung des drogenpolitischen Apparates der Stadt unter dem Vorzeichen der Integration – der DrogenkonsumentInnen, des Drogenkonsums und zuletzt auch der Drogeneinrichtungen. Am Beginn des Beobachtungszeitraums wurde die Gemeinde drogenpolitisch kaum aktiv: Auf die ersten „Gammler“ – wie die jugendlichen, gesellschaftskritischen Cannabiskonsumenten Ende der 1960er von den zu dieser Zeit tätigen Professionellen gerne genannt wurden – reagierten in Wien vor allem Einrichtungen aus dem repressiven Bereich, der der Bundesverwaltung untersteht. Erst etwa 10 Jahre später – als sich Drogenkonsum und DrogenkonsumentInnen nochmals veränderten und sich ihre Marginalisierung abzeichnete – begann man auf lokaler Ebene drogenpolitisch aktiver zu werden und sowohl im Behandlungs- und Betreuungsbereich, wie auch im präventiven und administrativen Bereich Akzente zu setzen. Der Aufbau von „assimilativen“ Maßnahmen zur Kontrolle der Nachfrage auf regionaler Ebene wird zu dieser Zeit von der nationalen Drogenpolitik – unter anderem mit Hilfe finanzieller Mittel – gefördert. Und schon Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts übersteigt das drogenpolitische Gewicht der „integrativen“ Maßnahmen jenes der „repressiven“: in der Bundeshauptstadt, wie in den anderen Bundesländern.

Die Entfaltung regionaler Drogenpolitiken wird in Österreich Ende der 1980er Jahre von inter- und intraprofessionellen Konflikten über die „Natur“ der Drogenproblematik begleitet. Insbesondere in Wien wird im

Präventions- wie im Betreuungsbereich über adäquate Interventionsziele und -modalitäten heftig gestritten: Abstinenz und Abstinenzbehandlung stehen gegen Risiko- und Leidensminderung. Der Konflikt motiviert den Aufbau einer eigenen Drogenverwaltung in Wien, der mit dem Einsetzen eines Drogenkoordinators der Stadt im Jahr 1992 einen ersten Höhepunkt erfährt. In der Drogenkoordination werden die drogenpolitischen Aktivitäten der Gemeinde und die für Drogenangelegenheiten zur Verfügung stehenden Mittel gebündelt, Drogenpolitik wird zur „Querschnittspolitik“. Ab diesem Zeitpunkt beschleunigt sich die drogenpolitische Entwicklung der Stadt: Die Drogenhilfe wird verstärkt ausgebaut, sie wird darüber hinaus diversifiziert und professionalisiert, wodurch auch die Konflikte zwischen den vielfältigen Drogeneinrichtungen vorerst befriedet werden. Neue rehabilitative und präventive Einrichtungen werden gegründet, und alle Drogeneinrichtungen – die der Stadt und jene des Bundes – werden vernetzt. Die Zahl der – aktuellen und potentiellen, marginalisierten und sozial integrierten – DrogenkonsumentInnen, die mit den städtischen Drogendiensten erreicht werden, vervielfacht sich, doch wächst gleichzeitig auch die Zahl jener wieder, die polizeilich und justiziell erfasst werden.

In den letzten Jahren war die Wiener Drogenpolitik mit schwierigeren Rahmenbedingungen konfrontiert: Unter anderem führte die Teilprivatisierung der Wiener Drogenverwaltung, die Ende der 1990er Jahre vorgenommen wurde, dazu, dass Kostenkalkulationen ein größeres Gewicht erhielten und geriet die städtische Drogenpolitik – wie die anderer europäischer Großstädte – unter Druck, Maßnahmen zu setzen, die die Bewohner der Stadt vor (möglichen) Belästigungen durch DrogenkonsumentInnen schützen. Gleichzeitig wurde die nationale Drogenpolitik (wieder) restriktiver und verschärfte sich die städtische Drogensituation: Die Zahl der DrogenkonsumentInnen stieg – der marginalisierten, wie der sozial integrierten – und der Drogenmarkt professionalisierte sich, vermutlich auch aufgrund der wachsenden polizeilichen Verfolgung auf europäischer Ebene. Der Detailhandel, der lange in den Händen der lokalen DrogenkonsumentInnen gelegen war, wurde zunehmend von Ausländern übernommen und dadurch die Drogenfrage wieder in stärkerem Maße mit der „Fremdenfrage“ verquickt.

Die drogenpolitischen „AkteurInnen“ stehen hinter der kommunalen Drogenpolitik

Wie beurteilen die Betroffenen die Entwicklung der Wiener Drogenpolitik und wie reagieren sie darauf? Die Gespräche mit den „AkteurInnen“ zeigen zwar kein einheitliches, aber doch ein recht einmütiges und wenig widersprüchliches Bild: Die Wiener Drogenpolitik wird von fast allen gutgeheißen. Am positivsten fallen die Urteile der befragten Gemeinde- und BezirkspolitikerInnen und der MitarbeiterInnen der Wiener Drogenverwaltung aus. PolitikerInnen und VerwalterInnen betonen insbesondere die gelungene Konfliktbearbeitung, den geglückten Kompromiss und den erreichten Konsens, auf dem die Wiener Drogenpolitik aufrufen kann und durch den sowohl die drogenpolitischen Differenzen zwischen den politischen Parteien befriedet wurden, wie die zwischen den Drogeneinrichtungen. Auch die AkteurInnen aus den verschiedenen städtischen – abstinenzorientierten, risiko- und leidensmindernden, präventiven und rehabilitativen – Drogeneinrichtungen sehen die Entwicklung der Drogenpolitik der Gemeinde in positivem Licht, doch ist – kommt die Sprache auf die Entwicklung der letzten Jahre – ein kritischer Unterton nicht zu überhören: Die zunehmende Bedeutung der Kosten-Nutzenrechnung, aber auch die verstärkte Orientierung an Effektivität und Effizienz engen – so die Meinung – nicht nur den eigenen Handlungsspielraum ein, sie behindern auch nötige drogenpolitische Innovationen. Die GesprächspartnerInnen aus der Polizei und der Justiz schließlich sehen die Wiener Drogenpolitik aus der Distanz – teils mit Wohlwollen, teils aber auch mit Vorbehalten und mit Misstrauen. Die Wohlwollenden – zu denen alle Befragten aus dem Strafvollzug zählten, aber nicht alle Vertreter der Sicherheitsexekutive und der Justiz – betrachten sich als Teil der kommunalen Drogenpolitik und begrüßen die Kooperation oder möchten sie vertiefen, die Misstrauischen sehen sich anderen – übergeordneten – Politikebenen verpflichtet. Der eigentliche Konfliktherd wird von dieser Subgruppe von Befragten allerdings zwischen der Sicherheitsexekutive und der Justiz geortet.

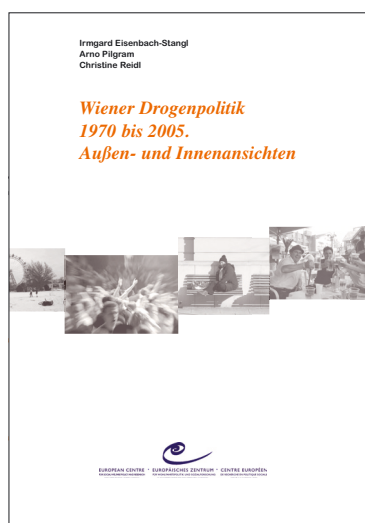
Die Ansichten von DrogenkonsumentInnen sind von den Erfahrungen mit Drogeneinrichtungen geprägt

Die drogenpolitischen „Innenansichten“ der „AdressatInnen“ differieren grundlegender als die der „AkteurInnen“ und sie sind deutlich von den Erfahrungen der GesprächspartnerInnen mit den diversen Drogeneinrichtungen geprägt. Wer „unauffällig“ geblieben ist – zumeist weil er oder sie über gute soziale Ressourcen verfügt – baut auf das eigene Problemmanagement und das informelle Netzwerk. Die kommunale Drogenpolitik und die mit ihr assoziierten „integrativen“ Drogeneinrichtungen werden zwar positiv gesehen, doch stehen sie den „Unauffälligen“ ferner als die „repressiven“. Denn repräsentieren die letzteren die feindliche (Drogen) Moral, an der man die eigenen („ehrlicheren“) Überzeugungen negativ entwickeln und schärfen kann, will man mit den ersteren nichts zu tun haben: Auch wenn das eigene Problemmanagement versagt, will man ihre Hilfe nicht in Anspruch nehmen, da sie vom Stigma ihrer KlientInnen geprägt sind. Die „KlientInnen“ hingegen finden bei den „assimilativen“ Einrichtungen der Stadt Zuflucht vor den „repressiven“ der Polizei und der Strafjustiz, die sie fürchten und sie nutzen die Angebote der Drogenhilfe mehr oder minder selbstständig. Wenn sie auch als KundInnen gesehen werden können, die ihre Wahl zu treffen vermögen, so fühlen sie sich doch auch im kommunalen Drogenapparat gefangen, einerseits aufgrund des Stigmas, das ihnen und den Einrichtungen der Drogenhilfe anhaftet, andererseits aufgrund des Mangels an Angeboten außerhalb, etwa am Arbeitsmarkt. Die „Kriminalisierten“ schließlich fühlen sich den integrativen Einrichtungen ferne, teils aufgrund unerfüllter Erwartungen. Sie ziehen es vor, statt deren abhängig, kranke KlientInnen, „Verlierer“ zu sein, oder auch nur Personen, die einmal Pech hatten, aber lernen können, es das nächste Mal geschickter anzustellen. Die – vorwiegend aus unterprivilegierten Milieus stammenden – „Kriminalisierten“ haben sich auf die „repressiven“ Drogeneinrichtungen eingestellt und sie haben auch nur wenig an der repressiven Drogenmoral auszusetzen, die diese repräsentieren. Die vierte und letzte Gruppe von „AdressatInnen“, die Angehörigen – fast ausschließlich Mütter –, kann sich weder an der kommunalen, noch an der international- nationalen Drogenpolitik orientieren: Die kommunale Drogenpolitik und ihre „integrativen“ Einrichtungen werden kritisiert, weil sie sich von der ausschließlichen Geltung des Abstinenzziels losgesagt haben, die auf nationaler und internationaler Ebene gesteuerten

repressiven Maßnahmen, weil sie auch DrogenkonsumentInnen – unter anderem die eigenen Kinder – treffen. Ganz allgemein fühlen sich die Angehörigen aus der Drogenpolitik ausgegrenzt und von ihr vernachlässigt – als Zaungast also und als Opfer – und sie wünschen sich mehr Solidarität, die sie allerdings heute nur dann zu finden scheinen, wenn sie sich selbst als „KlientInnen“ der Drogenhilfe sehen können.

Die Wiener Drogenpolitik als gelungener Balanceakt im Dienste der sozialen Integration

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die in Dokumenten und Statistiken verschriftete und im Verlauf der Studie in Gesprächen erzählte Entwicklungsgeschichte der Wiener Drogenpolitik eindeutig als Erfolgsgeschichte einer regionalen Drogenpolitik in der Europäischen Union zu lesen ist, als gelungener Balanceakt auf einem Seil, das von verschiedenen und teils gegeneinander gerichteten gesellschaftlichen Kräften bewegt und immer wieder auch geschüttelt wird. Sie hat sich seit ihrem vergleichsweise späten Beginn zügig in eine Richtung weiterentwickelt, deren Vorzeichen die thematische und organisatorische Zusammenfassung der drogenbezogenen Aktivitäten der Stadt waren („Querschnittpolitik“) und die Professionalisierung der Drogendienste mit dem Ziel der sozialen Integration. In den letzten Jahren wurden allerdings die Grenzen der Wiener Drogenpolitik deutlicher sichtbar, die zum einen darin bestehen, dass die Gemeinde nicht in allen wesentlichen drogenpolitischen Organisationen und Bereichen entscheiden kann und dass die Aktivitäten der wesentlichen Organisationen und Bereiche mangelhaft aufeinander abgestimmt sind: Dies führt unter anderem zur (kostspieligen) Verdoppelung von Kontrollaktivitäten und zur Ausbildung diversifizierter Kontrollkulturen für unterschiedliche Gruppen von DrogengebraucherInnen. Zum anderen sind der Wiener Drogenpolitik Grenzen gesetzt, weil sie per definitionem nicht alle Politikbereiche bestimmen kann, die die Drogensituation determinieren: Sie ist notgedrungen „Lebensstilpolitik“ und nicht Ursachenbekämpfung jener sozialen Probleme, die den Nährboden für die zur Diskussion stehenden Lebensweisen bilden, wie etwa Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung. Die am Beispiel von Wien aufgezeigten Grenzen der regionalen Drogenpolitik vermögen hoffentlich dazu anzuregen, auch auf nationaler und supranationaler Ebene eine „ganzheitlichere“ Drogenpolitik an zu denken, und über der Drogenpolitik nicht die Bekämpfung grundlegender Probleme zu vergessen.



WIENER DROGENPOLITIK 1970 BIS 2005. AUßEN- UND INNENANSICHTEN

Die Studie untersucht die Entwicklung der regionalen Drogenpolitik von Wien im Zeitraum von 1970 bis 2005. Die Untersuchung setzt zu der Zeit ein, als man auch in Österreich begann, auf die grundlegenden Veränderungen des Drogenkonsums zu reagieren, die in industrialisierten Ländern in den 1960er Jahren stattgefunden hatten: Die DrogenkonsumentInnen waren jünger, gebildeter und gesellschaftskritischer geworden und Cannabis war zur meistgebrauchten illegalen Substanz avanciert. Wie in anderen Ländern, so wurde auch in Österreich das strafrechtlich- „repressive“ drogenpolitische Instrumentarium durch „integrative“ Maßnahmen aus den Bereichen Gesundheit, Sozialhilfe und Bildung ergänzt, die auf regionaler Ebene ausgebaut wurden.

Die Studie betrachtet die Entwicklung der Wiener Drogenpolitik über einen Zeitraum von rund 35 Jahren aus verschiedenen Blickwinkeln: Aus einer wissenschaftlichen Beobachterperspektive und aus der subjektiven Perspektive zweier Gruppen von Betroffenen. Die „Innenansichten“ sind auch als – qualitative – Form der Evaluation der drogenpolitischen Aktivitäten der Gemeinde zu lesen.

Für die „Außenansicht“ wurde die Ausdifferenzierung des kommunalen drogenpolitischen Apparates auf der Grundlage von Berichten und Statistiken untersucht. Auf derselben Grundlage wurde der nationale Rahmen erkundet, insbesondere die Drogengesetzgebung und die Aktivitäten der Drogenexekutive, beide zentrale Bereiche der nationalen Drogenpolitik, die in die lokale hineinwirken und sie begrenzen.

Bei den Betroffenen handelt es sich zum einen um Professionelle, die in der Beobachtungsperiode mit der Umsetzung von regionaler und nationaler Drogenpolitik in Wien befasst waren – um drogenpolitische „AkteurInnen“ –, zum anderen um DrogenkonsumentInnen und Angehörige von DrogenkonsumentInnen – um drogenpolitische „AdressatInnen“. Insgesamt wurden über 90 Betroffene interviewt und die Interviews inhaltsanalytisch ausgewertet.

Irmgard Eisenbach-Stangl, Univ. Prof., Dr., Senior Social Scientist am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Programme Area „Alcohol, Drugs, Addiction“, davor Senior Researcher am Ludwig Boltzmann-Institut für Suchtforschung, Wien

Arno Pilgram, Univ. Doz., Dr., Senior Researcher am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien, Forschungsbereiche Rechtspolitik und Gesetzesimplementationen, soziale Interventionen in der Kriminaljustiz

Christine Reidl, Mag., Researcher am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, vorher Researcher am Ludwig Boltzmann-Institut für Suchtforschung und am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien

Bestellmöglichkeit als gedrucktes Exemplar:

Sucht- und Drogenkoordination Wien, Modecenterstraße 14, Block B, 1030 Wien, office@sd-wien.at

Download als PDF: European Centre (http://www.euro.centre.org/detail.php?xml_id=1162)

ISBN 978-3-902426-46-8, April 2008, 328 S.



Das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung ist eine zwischenstaatliche Organisation in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, befasst mit allen Aspekten von Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Kernfunktionen

- ein internationales Zentrum angewandter Sozialwissenschaft und vergleichender empirischer Sozialforschung, mit dem Schwerpunkt auf Sozialpolitik und Wohlfahrt
- ein Informations- und Wissenszentrum, das sozialwissenschaftlich gestützte sozialpolitische Intelligenz über ein "Denk-Netzwerk" bereitstellt
- eine Plattform, die Debatten über zukunftsorientierte Politiken im Bereich sozialer Wohlfahrt in der UN-Europäischen Region initiiert

Forschungsschwerpunkte

Das Europäische Zentrum stellt Expertisen in den Bereichen Wohlfahrt und Entwicklung von Sozialpolitik bereit – vor allem auf Gebieten, in denen multi- oder interdisziplinäre Ansätze, integrierte Strategien und intersektorale Maßnahmen gefragt sind.

Die Fachkenntnisse des Europäischen Zentrums umfassen Fragen zu demographischer Entwicklung, Arbeit und Beschäftigung, Einkommen, Armut und sozialer Ausgrenzung, sozialer Sicherheit, Migration und sozialer Integration, Pflege, Gesundheit und Wohlergehen durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und persönlicher sozialer Dienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Zusammenspiel sozio-ökonomischer Entwicklungen mit Institutionen, staatlicher Politik, monetären Transfers und Sachleistungen, den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Ausgleich von Rechten und Pflichten.

Europäisches Zentrum für
Wohlfahrtspolitik und
Sozialforschung
Berggasse 17
A – 1090 Vienna

Tel: +43 / 1 / 319 45 05 - 0
Fax: +43 / 1 / 319 45 05 - 19
E-Mail: ec@euro.centre.org
<http://www.euro.centre.org>

Die Publikationen des Europäischen Zentrums

- Buchreihe "Public Policy and Social Welfare" (Ashgate, Aldershot), in Englisch
- Buchreihe "Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung" (Campus Verlag, Frankfurt/New York), in Deutsch
- Sonstige Buchpublikationen, Bücher oder Sonderberichte, die außerhalb der obigen Reihen bei verschiedenen Verlagen und in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden
- Reihe "Occasional Reports", mit Abschlußberichten von Konferenzen, Fachtagungen und Forschungsprojekten, in Deutsch, Englisch und Französisch
- Jährlicher Tätigkeitsbericht / Newsletter in Englisch, Policy Briefs, in Deutsch und Englisch

Geographischer Wirkungsbereich

Alle Regierungen von Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, vor allem jene von Ländern der UN-Europäischen Region, sind zur Teilnahme und Mitwirkung an den Aktivitäten des Europäischen Zentrums eingeladen. Daraus ergibt sich ein geographischer Wirkungsbereich potentieller Mitglieder von mehr als 50 europäischen Staaten sowie den USA, Kanada und Israel.